

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Plott. Betriebsstörungen begründen keine Ansprüche auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einzig älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigenpreise: Die 8-spaltene mm-31. für Polnisch-Oberschl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-spaltene mm-31. im Reklameteil für Poln.-Oberschl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerätl. Beileitung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 147

Mittwoch, den 18. September 1929

47. Jahrgang

Die Regierungskonferenz gescheitert

Ein neuer Vorstoß der Linksparteien — Vor der Einberufung einer außerordentlichen Sejmession — Regierungsumbildung wahrscheinlich

Warschau. Die für Montag angelegte Regierungskonferenz mit den Vertretern der Parlamentsgruppen hat nicht stattgefunden, nachdem die Linksparteien eine Teilnahme ab sagten. Die Regierung hat auf eine Verständigung mit dem Regierungsbund, den regierungsfreundlichen Sozialisten (Fraki) und den Deutschen verzichtet. Marschall Piłsudski begab sich nach seiner Rückkehr nach Warschau und ist bisher nicht nach Warschau zurückgekehrt. Man erwartet, daß die Konferenz doch noch am Dienstag stattfindet, zumal bekannt ist, daß der Ministerpräsident in verständiger Fühlung mit dem Sejmarschall ist. Die Linksparteien, die am Sonnabend ein einheitliches Vorgehen beschlossen haben, konferierten über die weitere Taktik, die einzuschlagen ist. In politischen Parteien besteht die Meinung, daß jetzt der Sejmarschall auf Wunsch der Parteien eine außerordentliche Sejmession einberufen wird und

so bald eine Verständigung im Seniorenkongress zustande kommt, ist das Los der Regierung entschieden. Man erwartet den Rücktritt Smutalskis und man nennt bereits die Nachfolger. Unter den Namen werden besonders der Professor Arzyżanowski, der frühere Premierminister Bartel, Professor Zolla und General Sosnkowski genannt. Die meisten Ansichten sprechen für General Sosnkowski, einem persönlichen Freunde Piłsudskis, da er auch im Sejm auf eine gewisse Unterstützung rechnen darf. Seitens der Linkgruppen wird ein Gesetz vorbereitet, welches die Verfolgung derjenigen Beamten vorsieht, die sich an der Wahlaktion der Parteien beteiligten. Die Situation ist äußerst zugeknüpft, man merkt innerhalb der Regierungskreise eine Nervosität, die zu einer baldigen Klärung führen muß.



Der neue Präsident des Deutschen Richterbundes

ist Reichsgerichtsrat Dr. Vinz, der auf dem Deutschen Richtertag in Köln auf diesen Ehrenposten gewählt wurde.

Ministerkrise in Frankreich

Paris. Der franz. Innenminister Tardieu hielt Sonntag in Velle eine politische Rede, die einiges Aufsehen erregte. Er setzte sich mit den „Defaitisten des Friedens“ auseinander und wies den Vorwurf, Frankreich habe nichts mehr von seinem Siege, mit dem Hinweis auf die großen politischen und wirtschaftlichen Erfolge, die Frankreich durch den siegreichen Abschluß des Krieges errungen habe, energisch zurück. Die Tatsache, daß Tardieu in seiner Auseinandersetzung mit den „Defaitisten des Friedens“ ausdrücklich auf die äußerste Linke und die äußerste Rechte hinwies, wird allgemein dahin gedeutet, daß die Regierung die Absicht habe, nach dem Zusammentritt der Kammer die Rechte aus der

Regierung auszubooten und dafür eine Annäherung mit der Linken zu suchen, die augenblicklich in der Opposition ist. Man hält es für sehr bedeutsam, daß gerade Tardieu, derartige Ausführungen machte, dem man einen Teil der Schuld an der Ausschaltung der Radikalsocialisten von der Regierung bei der Bildung des Kabinetts Poincaré im November 1928 beimißt.

Andererseits antwortete der Sozialist Faure in einer Rede am Sonntag auf die Aufforderung des Radikalsocialistischen Führers Daladier zu einer Beteiligung an der Regierung, daß er diese Möglichkeit von vornherein ausschaltete.

Paris zur Stresemann-Erklärung

Paris. Der „Temps“ beschäftigt sich mit den Erklärungen von Stresemann gegenüber dem Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“ Theodor Wolff, und schreibt: „Nachdem jetzt die Ergebnisse grundsätzlich vorliegen, führt der deutsche Außenminister eine Sprache, die recht verschieden ist von den früheren Ausführungen, die er vor der Haager Konferenz machte. Es ist menschlich verständlich, wenn Dr. Stresemann sich bemüht, die beste aus den Ergebnissen herauszuholen. Auf der Haager Konferenz beklagte er sich über die unzureichenden Zugeständnisse und verlangte unter dem Vorwande, er müsse mit den Interessen der deutschen öffentlichen Meinung rechnen, immer Vorteile. Heute räumt Stresemann ein, daß der Young Plan dem deutschen Volke beträchtliche Erleichterungen in seiner Lasten bringe und daß die vorzeitige Räumung des Rheinlandes ein politischer Erfolg sei, den man vor kurzem noch zu erhoffen wagte. Selbst unter Berücksichtigung der Tat-

sache, daß Stresemann im Augenblick geneigt ist, den Erfolg seiner Politik zu übertreiben, muß man vom Gesichtspunkt der deutschen Interessen aus anerkennen, daß er die Sprache der Vernunft führt. Für die Tatsache, daß zwei deutsche Generationen werden arbeiten müssen, um gegenüber den Gläubigern frei zu werden, gibt es kein Heilmittel. Es ist eine gerechte Folge des Krieges.

Parter Gilbert und die Bank für Internationale Zahlungen

Paris. Wie der New York Herald wissen will, wird sich der Reparationsagent Parter Gilbert, der sich auf dem Wege nach den Vereinigten Staaten befindet, mit den amerikanischen Mitgliedern des Organisationsausschusses der Internationalen Bank besprechen, bevor diese sich nach Europa begeben.

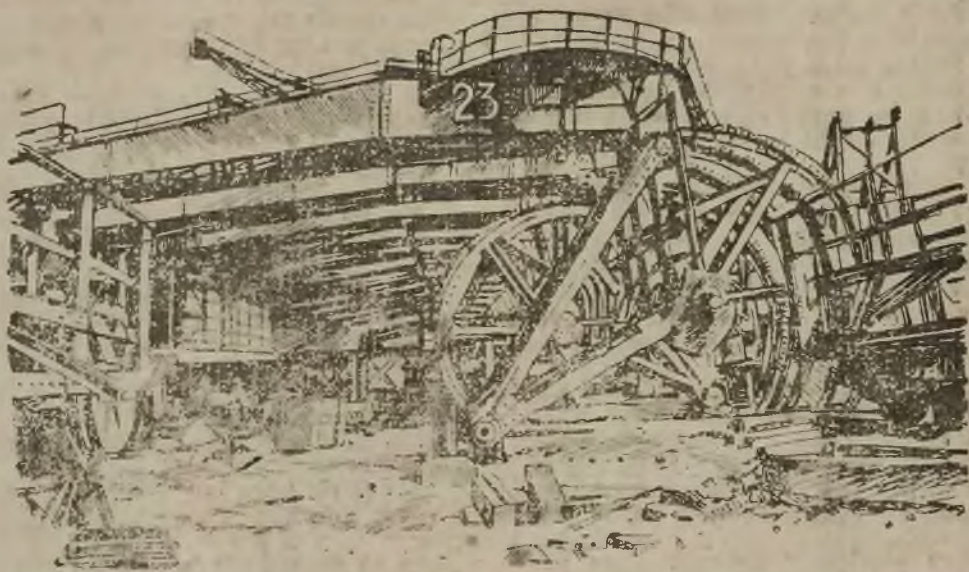
England und Amerika einig

London. Zu der bevorstehenden Amerikareise des Ministerpräsidenten Macdonald gibt nunmehr auch der englische amtliche Funksdienst eine längere Erklärung, die den englischen Standpunkt in der Frage der Flottenabrüstungsverhandlungen im Weißen Hause ist hiernach lediglich in einer Bezugung des „guten Willens“ Englands zu sehen, während über die Flottenabrüstungsverhandlungen angeblich nicht gesprochen werden soll. Die letzten Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Amerika sollen vielmehr erst auf der Fünfmächte-Konferenz in London, die für den Januar 1930 in Aussicht genommen ist, endgültig geklärt werden.

Die Fünfmächte-Konferenz in London wird als Ersatz für die im Washingtoner Abkommen vorgesehene Abrüstungskonferenz bezeichnet, die bekanntlich erst 1931 zusammentreten sollte. Auf der Londoner Konferenz sollen sämtliche Fragen der Abrüstung zur See, also auch unter Einschluß der Frage der weiteren Beschränkung der großen Schlachtschiffe, behandelt werden, einer Frage, die bis dahin gleichfalls einer weiteren Klärung zugeführt werden soll. Engländer hoffen, daß man nach Abschluß der Londoner Besprechungen die gesamte Frage der Abrüstung zu Lande und zur See der Vorbereitenden Abrüstungskommission überweisen kann.

Bezüglich der Verhandlungen zwischen England und den Vereinigten Staaten wird betont, daß ein Übereinkommen in dieser Frage von dem Ergebnis der Fünfmächte-Konferenz abhängig gemacht werden müsse. Bezüglich der Einzelheiten des Übereinkommens zwischen England und Amerika wird bestätigt, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten bezüglich der Zerstörer-tonnage übereingekommen sind, daß die Tonnage beider Länder gleich groß sein und im übrigen von den Bauten anderer Länder abhängig gemacht werden soll. Bezüglich der Unterseeboote wurde ein Abkommen als wünschenswert bezeichnet, das den Bau von Unterseebooten gänzlich verbietet. Da über die Beschränkung des Schlachtschiffbaues bereits durch die Washingtoner Verträge ein Übereinkommen erzielt worden ist, blieb als einzige Meinungsverschiedenheit zwischen England und Amerika die Frage der Kreuzertonnage übrig. Die Meinungsverschiedenheiten werden hier als außerordentlich gering bezeichnet. Sie beziehen sich hier auf zwei Fragen, die der gesamten Kreuzertonnage und einen Unterschied in den Forderungen von 24 000 und 39 000 Tonnen.

Großbritannien hat erklärt, daß es 30 Kreuzer, hiervon 15 Kreuzer mit Achtzollgeschützen und 15 Kreuzer mit Sechszollgeschützen bei einer Gesamttonnage von 315 000 Tonnen zu behalten wünscht. Demgegenüber hat Großbritannien erklärt, daß es Amerika nur 18 Kreuzer mit Achtzollgeschützen und einer Gesamttonnage von 300 000 Tonnen zugestehen könne. Die Meinungsverschiedenheiten beziehen sich somit nur auf drei Kreuzer mit Achtzollgeschützen. In englischen Kreisen ist man der Ansicht, daß ein Übereinkommen über diese strittigen drei Kreuzer nicht von den englisch-amerikanischen Verhandlungen abhängt, womit offenbar angedeutet werden soll, daß ein Verzicht Amerikas auf die strittigen Kreuzer durch französisches oder japanisches Entgegenkommen in der Kreuzerfrage zu erzielen sei.



Die Erweiterung des Bremer Freihafens

In der Stadt Bremen kam ihren Nachbarn. Die Arbeiten zur Vergrößerung des Hafens bieten interessante technische Bilder. Unsere Zeichnung zeigt die Aufstellung einer Reihe von riesigen Kränen, die bei den Bauarbeiten verwendet werden.

